

ROTE ANNELIESE

Die kritische Stimme des Oberwallis

Lebensversicherungen:

Die Todeswette als Geschäftsmodell

Seite > 3

Reckingen-Gluringen:

Aufstand der Bevölkerung

Seite > 6

Dominique Giroud:

Kampf gegen die Pressefreiheit

Seite > 12/13



Siegfried Kracauer:

Das Ornament der Masse

Siegfried Kracauer hat während seiner Laufbahn viele Spuren hinterlassen. Er war Architekt, Journalist, Philosoph, Soziologe und Filmhistoriker. Allen seinen Tätigkeiten gemein ist aber diejenige des Kritikers.

Seite > 16/17

Zweifelhafte Quecksilber-Experten:

Chemie-Filz macht sich an die Sanierung

Seite > 8–11



Grenzwächter entlassen:

Strafverfahren wegen Waffenhandel

Seite > 4/5





Quecksilberverschmutzung: Die Lonza beauftragte die BMG Engineering AG mit der Quecksilberbeprobung der kontaminierten Böden.

Quecksilberuntersuchungen im Oberwallis:

Wenn Chemiefreunde sanieren

Wallis | Der Quecksilberskandal hat ein ungeheures Ausmass angenommen. Immer wieder verspricht die Lonza, die Vergangenheit transparent aufzuarbeiten und die Altlasten zu beseitigen. Zweifel entstehen beim Blick auf die in die Untersuchungen und das Sanierungskonzept involvierten Personen und Unternehmen. Alte Bekannte und Chemiefreunde sanieren die Lonza-Altlasten. Kann das gut gehen?

von Tobias Tscherrig

Als wichtigster Akteur bei der Quecksilberuntersuchung gilt die BMG Engineering AG mit Sitz in Schlieren. Die Lonza hat sie mit der technischen Untersuchung und dem Erarbeiten eines Sanierungskonzepts beauftragt. Es ist die BMG, welche die Böden untersucht und festhält, an welchen Stellen wie viel Quecksilber vorhanden ist. Das Unternehmen beschäftigt sich seit dem Jahr 1989 mit Altlastenuntersuchungen, chemischen Risikobewertungen und Sanierungskonzepten. Auch im Wallis war die BMG bereits tätig: Sie übernahm Aufträge in Monthey und führte Altlasten-Untersuchungen auf den Alcan-Fabrikarealen in Chippis und Steg sowie Rückbau-Arbeiten auf dem Werkareal B der Lonza in Visp durch.

Geburtsstunde: Schweizerhalle

Die BMG Engineering AG ist ein Kind der chemischen Industrie, das zeigt ihre Entstehungsgeschichte. Am 1. November 1986 brannte in Schweizerhalle (BL) eine mit 1350 Tonnen Chemikalien gefüllte Lagerhalle des Chemiekonzerns Sandoz. Mit dem Löschwasser gelangten die Giftstoffe in den Rhein, was ein grosses Fischsterben auslöste. Um den Brandplatz zu sanieren, gründete Sandoz im Jahr 1989 eine Tochtergesellschaft: die MBT Umwelttechnik AG. Das ist die eigentliche Geburtsstunde der heutigen BMG Engineering AG. Denn 1996 fusionierten die beiden Chemiekonzerne Sandoz und Ciba-Geigy AG zum weltweit grössten Pharmakonzern Novartis. Kurz vor der Fusion übernahm das Management der MBT

Umwelttechnik AG die Mehrheit des Kapitals und benannte das Unternehmen in BMG Engineering AG um. Der Firmenname setzt sich dabei aus den Namen der drei Hauptprotagonisten zusammen: André Bachmann, Christoph Munz und René Gälli. Für das Wallis ist Christoph Munz von Bedeutung, dieser leitet die Quecksilberuntersuchungen. Von Kritik an der BMG will Munz nichts wissen: «Uns sind keine BMG-Sanierungsprojekte bekannt, die schief gelaufen sind», erklärt er gegenüber der RA. Wie die folgenden Beispiele zeigen, ist ein kritischer Blick auf die BMG aber durchaus angebracht.

Sanierungsziele nicht erreicht

Die MBT Umwelttechnik AG führte also im Auftrag ihrer Mutterfirma in

Schweizerhalle die Aufräumarbeiten durch. Diese Sanierung fand in enger Absprache mit dem Amt für Umweltschutz und Energie des Kantons Basel-Landschaft statt. Trotzdem verpasste MBT teils die Sanierungsvorgaben. Noch heute laufen zum Beispiel mehr Schadstoffe von der Deponie ins Grundwasser als das Sanierungsziel vorschreibt.

Auch eine vollständige Beprobung der zurückgelassenen chemischen Substanzen wurde nicht durchgeführt, die Gruben wurden ohne viel Aufwand zugeschüttet. Zwar bemängelte der inzwischen verstorbene Bendicht Hunri in seiner Funktion als Leiter Umweltanalytik beim Amt für Umweltschutz und Energie des Kantons Basel-Landschaft diese ungenügenden Probeentnahmen. Seine Einwände blieben aber ungehört. Christoph Munz, Verwaltungsratsmitglied und Projektmanager «Altlasten und Chemie» bei der MBT Umwelttechnik AG, antwortete damals auf die Einwände des Kantons, auf diese Art solle der bautechnische und finanzielle Aufwand in einem vertretbaren Rahmen bleiben.

MBT forderte Zugeständnisse

In Schweizerhalle wurden die Sanierungsziele von Sandoz und der MBT Umwelttechnik AG immer wieder nach unten korrigiert. Der Kanton Basel-Landschaft gab dem Druck der Industrie mehrmals nach und krebste bei wichtigen Forderungen zurück. So durfte Sandoz grössere Mengen Schadstoffe im Boden belassen als mit den Behörden ausgehandelt wurde. Doch dies reichte der Industrie nicht. Die Behörden wurden unter anderem mit der Forderung konfrontiert, im benachbarten Trinkwasservorkommen zukünftig eine 20- bis 40-fache Grenzwertüberschreitung für Insekten- und Nervengifte in Kauf zu nehmen. Wie die MBT im Jahr 1989 in einer Aktennotiz festhielt, sei diese Überschreitung der Grenzwerte «für die Bevölkerung nicht gesundheitsgefährdend.» Dieses Wasser trinken 230 000 Menschen.

Vorwurf: Manipulation

Die involvierten Ingenieurbüros verwendeten für die Planung der Brandplatzsanierung in Schweizerhalle Computermodelle. Der MBT Umwelttechnik AG unterlief bei der Berechnung eines dieser Modelle ein Fehler. Zwar korrigierte die MBT ih-



Cédric Arnold (1. v.l.): Der DUS-Dienstchef arbeitete früher für die BMG Engineering AG. **Günther Fritz (2. v.l.):** Der vom Kanton Wallis angestellte Experte gilt als Chemiefreund. **Rémi Luttenbacher (3. v.l.):** Ehem. Projektleiter der Deponiesanierung «Bonfol», arbeitet nun bei der Lonza. **Christoph Munz (4. v.l.):** Projektleiter und Verwaltungsratsmitglied der BMG Engineering AG.

ren Irrtum, änderte dabei aber auch gleich die Basisdaten des Modells ab, was sich direkt auf die Ergebnisse der Modellberechnung und damit auch auf die Sanierungskosten von Sandoz auswirkte. Bendicht Hurni kommentierte dies so: «Auf Behördenseite werden wir den Eindruck nicht los, dass MBT mit allen Mitteln versucht, das Ergebnis so zurechtzubiegen, dass hinsichtlich Sanierung und Sanierungsaufwand keine neue Situation geschaffen wird.» Im Jahr 1990 bezichtigte Hurni die MBT in einer Aktennotiz zum «10. Sandoz-Boden-Fachgespräch» gar der «Manipulation.»

Jahrelange Verspätungen

Die Liste der Versäumnisse in Schweizerhalle ist noch länger: Mangelhafte Analysemethoden, ein von MBT abgeändertes Aushubkonzept um den Aufwand zu minimieren, und die damals vom Kanton Basel-Landschaft bemängelten «stark vereinfachten Aufräumarbeiten» führten dazu, dass Sanierungsziele betreffend der Grundwasserverschmutzung um Jahre verpasst wurden. So erreichten in den Jahren 1993 und 1994 immer noch sieben Mal mehr Schadstoffe das Grundwasser, als gesetzlich erlaubt. Auch während den darauffolgenden Jahren, wurden die Grenzwerte im Grundwasser überschritten. Die Basler Behörden schoben das von Ihnen formulierte Sanierungsziel aber weiter vor sich her.

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums von Schweizerhalle verfasste die BMG Engineering AG im Jahr 2006 dann ein Positionspapier, in welchem das Erreichen des Grundwasser-Sanierungsziels erst für das Jahr 2016 vorgesehen ist. Damit werden die Sanierungsziele nicht wie von Sandoz vorgegeben nach zwei,

sondern erst nach 21 Jahren nach Abschluss der Sanierungsarbeiten erfüllt.

Schweizerhalle: Alles sauber?

Trotz des teilweisen nicht Erreichens von Sanierungszielen führt die kantonale Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Basel-Landschaft den damaligen Unfallstandort seit 2011 als «Belasteter Standort mit Überwachungsbedarf» auf. Damit hoben die Behörden die Sanierungspflicht auf und verzichteten auf ihre ehemals formulierten Sanierungsziele. So seien etwa die nahegelegenen Trinkwasserfassungen der Hardwasser AG und der Gemeinde MuttENZ nicht durch den Unfallstandort gefährdet, schreibt Adrian Auckenthaler, Leiter Ressort Gewässer und Altlasten beim Amt für Umweltschutz und Energie des Kantons Basel-Landschaft, im Informationsheft der kantonalen Verwaltung. Trotzdem darf die Gemeinde MuttENZ ihren benachbarten Trinkwasserbrunnen bis heute nicht vollständig nutzen. «Beim Brunnen Obere Hard ist seit dem Brandfall Schweizerhalle eine Mengenbeschränkung verfügt. Diese ist bis heute noch nicht offiziell aufgehoben, obwohl vonseiten der Vollzugsbehörde die Sanierung des Brandplatzes Schweizerhalle als abgeschlossen gilt», erklärt Patricia Enzmann, Leiterin der Umweltabteilung bei der Gemeinde MuttENZ.

Immer wieder beteuerte Sandoz, sie wolle in Schweizerhalle keine Altlast hinterlassen. Trotzdem hat das Unternehmen Schadstoffe nicht vollständig ausgegraben und die entstandene Grube mit belastetem Material aufgefüllt. Dabei ist nicht einmal bekannt, welche Substanzen ins Grundwasser gelangen. Die zurückgelassenen Schadstoffe wurden

niemals vollständig bestimmt. Auch in späteren Untersuchungen wurde nur nach einer bestimmten Substanz gesucht. Damit ist «Schweizerhalle» eine schlecht untersuchte Altlast. Eigentlich galt der Grossbrand von Schweizerhalle als Wendepunkt im Umwelt- und Sicherheitsgebaren der Basler Chemie. Die Chancen, die sich dabei boten, wurden nicht genutzt. Mittendrin, die heutige BMG Engineering AG und Christoph Munz.

Nachlässigkeit in Huningue

Christoph Munz war auch in die Sanierung eines Novartis-Geländes im französischen Huningue involviert. Novartis sanierte hier freiwillig ein mit dem Pestizid Lindan durchsetztes Gelände, das sie von der französischen Firma Ugine-Kuhlmann übernommen hatte. Das giftige Material wurde ausgegraben, auf Schiffe verladen und in Holland verbrannt. Diese Arbeiten führten zu extrem giftigem Staub, der zwischen März und September 2013 im unteren Kleinbasel niederging und die Luft verpestete. Die Basler Behörden bemerkten davon nichts. Erst als Martin Forter, Altlastenspezialist und Geschäftsleiter der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, in Eigenregie Staubfänger aufstellte und Messungen vornahm, flog die Geschichte auf. Novartis stoppte die Sanierungsarbeiten. Munz fungierte bei diesem Sanierungsprojekt als externer Berater und Experte. An einer Informationsveranstaltung gestand er dann vor besorgten Baslerinnen und Baslern mangelnde Sorgfalt ein. Beim ersten Teil der Sanierung sei rund ein Jahr lang alles gut gegangen, zitierte ihn damals «Vogel Gryff», die Zeitung für das Kleinbasel. «Wohl deshalb wurde man auf der Baustelle ein bisschen nachlässig.» Aus dieser Nachlässigkeit resultierte eine gross-

räumige Verschmutzung der Stadt. Nach einem Jahr Unterbruch nahm Novartis kürzlich die Sanierungsarbeiten mit neuen Sanierungs-Firmen und höherem Sicherheitsstandard wieder auf. Durch den knapp einjährigen Baustopp und den höheren Sicherheitsstandard verteuert sich die Sanierung um 50 Prozent, die Kosten liegen nun bei knapp 190 Millionen Franken.

Der Fall Bonfol

Die Gemeinde Bonfol im Kanton Jura ist vor allem für ihre Sondermülldeponie bekannt. Die Basler Chemische Industrie (bci), bestehend aus Unternehmen wie Novartis, Roche, Synthelabo, Clariant und BASF, lagerten hier von 1961 bis 1976 rund 114 000 Tonnen hochgiftigen Chemiemüll ab. Nach harten Auseinandersetzungen mit dem Kanton Jura und Greenpeace legte die bci Ende 2003 das Sanierungsprojekt vor. Ein Konzept, an dem auch die BMG Engineering AG massgeblich beteiligt war. Erneut versprach die bci die «vollständige und definitive» Sanierung der Deponie, erneut lagen Versprechen und Realität meilenweit auseinander. Das Sanierungskonzept wurde vom Kanton Jura als ungenügend beurteilt, erliess deshalb 54 umfassende Auflagen. Historische Untersuchungen, Untersuchungen zur Feststellung der auf der Deponie existierenden Substanzen, umfangreiche Auflagen zu den Sanierungsarbeiten, Präzisierungen beim Abfallkonzept und Auflagen zum Umgang mit der verschmutzten Erdmasse: Die bci und die Ingenieurfirmen versagten, grundlegende Arbeiten mussten vom Kanton eingefordert werden. Auch das «Collecif Bonfol», ein Zusammenschluss von Umweltorganisationen, Gewerkschaften sowie der französischen Partei der Grünen, >

begutachtete das Sanierungskonzept der bci. Die Resultate sind in Martin Forters Buch «Falsches Spiel» nachlesbar: «Das Sanierungskonzept entspricht in keiner Form der heutigen Sanierungstechnik.» So wollte die Industrie eine Halle über der Deponie errichten, worin der Aushub des Giftmülls stattfinden sollte. Die Abluft aus dieser Halle wollten die involvierten Unternehmen ungefiltert in die Umgebung entlassen, der ausgegrabene Chemiemüll sollte unter freiem Himmel geschreddert werden. Dieses Vorgehen widerspricht aber nicht nur der schweizerischen Arbeits- und Umweltgesetzgebung, es könnte aufgrund von chemischen Reaktionen auch Explosionen und Brände verursachen.

Weiter verschloss die Industrie und mit ihr die BMG Engineering AG in Bonfol die Augen vor der enormen Schadstoffvielfalt. Obwohl das Sanierungskonzept über 1200 Seiten umfasste, spielten die 5-7000 chemischen Substanzen, die in der Deponie vorkommen, darin keine Rolle. Darunter hätten auch die Arbeiter gelitten, welche die Sanierung durchführen sollten: Die Gesundheitsrisiken wurden nur anhand von sieben chemischen Substanzen erfasst. Daneben verschwieg die Industrie das Vorkommen einer gefährlichen, krebserregenden Substanz, deren Grenzwert um das 28000-Fache überschritten wurde. Im Bereich «Abluft» wurden zahlreiche Substanzen übergegangen, auch die Existenz der Ultraragifte Dioxine und Furane wurden gedeckelt. Erst eine von Greenpeace veranlasste Studie bestätigte deren Vorhandensein auf der Deponie. Der jurassische Regierungsrat Laurent Schaffter hielt dazu später fest, «dass die von Greenpeace verbreiteten Informationen vollständiger zu sein scheinen, als jene, welche die bci zuletzt geliefert hat.»

Ignoranz und Unwillen

Im zweiten Sanierungskonzept berücksichtigte die bci die Vielfalt der Schadstoffe im Bereich «Arbeitshygiene.» Bei der Abluft ignorierte die Industrie diese aber erneut und wollte nur mit einer begrenzten Schadstoffliste arbeiten, welche 35 chemische Substanzen enthielt. Damit wäre eine Reinigung der Abluft nicht zwingend notwendig gewesen. Weiter übertrug die Industrie die Werte von einigen wenigen Schadstoffen auf andere,

nicht gemessene Schadstoffe. Mit diesem Vorgehen werden die totalen Schadstoffmengen nur theoretisch gemessen, was der Gesetzgebung widerspricht.

49 Schadstoffe, darunter zahlreiche krebserregende Substanzen, wurden erst gar nicht bewertet. Auch bei der Sanierung des Sickerwassers wollte die Industrie den einfachen Weg gehen. Darin wurden zwar 250 Substanzen nachgewiesen, die bci wollte davon aber nur elf gezielt überprüfen. Schliesslich analysierten Gutachter des «Collectif Bonfol» das Grundwasser in Eigenregie. Die Resultate waren erschreckend: Sowohl der bci als auch dem Kanton Jura waren 61 von 78 chemischen Substanzen entgangen. Das «Collectif Bonfol» wies auch das überarbeitete Sanierungskonzept zurück und forderte unabhängige Untersuchungen. Trotzdem genehmigten die Behörden das zweite Sanierungskonzept. Wie die Basler Behörden in Schweizerhalle haben auch die jurassischen Behörden die Sanierungsziele in Bonfol aufgeweicht und zugunsten der Industrie nachgegeben.

In einer wissenschaftlichen Arbeit beschreiben der Forscher Johann Dupuis und Peter Knoepfel, Professor an der Universität Lausanne, wie die Positionen der Umweltvereine Schritt für Schritt durch die Errichtung von Verträgen zwischen dem Kanton und der Industrie geschwächt wurden. Nicht zuletzt fürchtete der Kanton Jura um die Finanzierung der Sanierungsarbeiten durch die Basler Chemie- und Pharmakonzerne und setzte sich aus diesem Grund wieder an den Verhandlungstisch.

Ein Fall für die Justiz

Da die bci trotz Schadstoffvielfalt auch weiterhin jeweils nur nach einer Handvoll Substanzen suchte und umfassendere Untersuchungen ablehnte, kam es schliesslich zum Eklat. Im Juli 2007 erhob das «Collectif Bonfol» Einsprache gegen die Baubewilligung für die Totalsanierung der Chemiemülldeponie Bonfol. Ausserdem reichte Greenpeace in zweiter Instanz Beschwerde gegen den Sonderzonenplan ein, welcher der Bonfol-Sanierung zugrunde liegt. Die aussergerichtlichen Verhandlungen zwischen Greenpeace und der bci scheiterten, beide Parteien trafen sich im Januar 2008 vor Gericht. Munz trat hier als Projektleiter der



Lonza: Sind die Untersuchungen im Oberwallis wirklich unabhängig oder wird zugunsten des Chemiekonzerns und auf Kosten der Umwelt saniert?

Sanierung auf und musste schliesslich einlenken, fast alle Forderungen von Greenpeace wurden übernommen.

Endlich konnten umfassende Schadstoff-Untersuchungen durchgeführt werden. Doch die bci unterließ die Untersuchungen und liess mit Bewilligung des jurassischen Umweltamts nur Schadstoffe bis zu einer bestimmten Konzentration bestimmen. Dies, obwohl das Messen von deutlich tieferen Konzentrationen schon damals längst technischer Standard waren. Diesen Trick hatte die Basler chemische Industrie bereits bei früheren Deponiesanierungen, zum Beispiel in Schweizerhalle oder bei der Chemiemülldeponie Le Letten in Hagenthal-le-Bas (F), angewandt. Damit verzögerte und verhinderte die Industrie in Bonfol lange ein griffiges Sanierungskonzept.

Unabhängige Untersuchungen?

Man sei von der Chemiebranche unabhängig, erklärt Munz gegenüber der RA. «Die BMG ist seit 1995 ein unabhängiges Unternehmen und seit 2012 Mitglied der weltweit tätigen Arcadis-Gruppe. Die BMG führt ebenso viele Projekte für Dutzende Kunden anderer Branchen aus. Stünde nicht unsere Fachkompetenz im Vordergrund, könnten wir auch nicht im Auftrag des BAFU Projekte ausführen.» Die Lonza teilt diese Meinung: «Es gibt wenige solcher spezialisierten Unternehmen in der Schweiz. Bei Vergabe der Arbeit stand für uns die Expertise und die bisherige Erfahrung im Vordergrund.» In gleiche Horn bläst der Kanton Wallis, der die BMG-Untersuchungen kontrolliert. «Die Lonza kann ihre Auf-

tragsnehmer frei wählen. Der Kanton sorgt dafür, dass die Untersuchungen korrekt durchgeführt werden, und entscheidet über die umzusetzenden Massnahmen», erklärt Nicolas Brocard, Sektionschef Altlasten, Abfälle und Böden bei der Dienststelle für Umweltschutz.

Zahlreiche Deponiesanierungen in der Schweiz haben aber gezeigt, dass exakt in dieser Aufteilung der Hund begraben liegt: Altlastenuntersuchungen würden um einiges unabhängiger und ehrlicher ablaufen, wenn der Kanton Drittunternehmen mit Untersuchungen beauftragen könnte. Zu verschieden sind die Interessen von Chemieunternehmen und Behörden: Erstere wollen Kosten sparen, zweitgenannte müssen die Umweltgesetzgebung um- und durchsetzen. So hat die Lonza, welche jahrelang Produkte für die Basler chemische Industrie produzierte, mit der BMG ein Unternehmen beauftragt, welches bereits viele bci-Sanierungen durchführte und dabei oft in der Kritik stand.

Den ehemaligen Arbeitgeber kontrollieren

Die Verstrickungen im Oberwalliser Quecksilberskandal machen aber auch vor dem Kanton nicht halt. So hat Cédric Arnold, Chef der Dienststelle für Umweltschutz (DUS), von 1998 bis 2005 als Projektleiter und dann als Gruppenleiter «chemische Risikobewertungen und Altlasten» für die BMG gearbeitet. «Damals konnte ich eine breite Erfahrung in verschiedenen Projekten sammeln», so Arnold, welcher bei der BMG gekündigt hatte um im Jahr 2005 die

Funktion als Dienstchef des DUS zu übernehmen. Während seiner Zeit bei der BMG war Arnold zusammen mit Munz auch in das beschriebene Sanierungsprojekt «Bonfol» involviert. Arnold unterschrieb unter anderem den von unabhängigen Experten am heftigsten kritisierten Bericht über die chemische Risikobewertung der Deponie Bonfol. Nun muss er in seiner Funktion als Dienstchef also die Untersuchungen seines ehemaligen Arbeitgebers beaufsichtigen.

Der Kantonsexperte und die chemische Industrie

Immerhin hat der Kanton Wallis mit Günter Fritz noch einen zusätzlichen Experten für die Lösung der Quecksilberproblematik angestellt. Doch auch ihm haftet der Geruch der chemischen Industrie an. Fritz arbeitete als Leiter des Bereichs Altlastensanierung bei der BASF Schweiz und leitete die Sanierung der Deponie Le Letten in Hagenthal-le-Bas. Diese Deponie befindet sich auf französischem Boden, in unmittelbarer Nähe zu den Gemeinden Allschwil und Schönenbuch im Kanton Basel-Landschaft. Nach jahrelangen Streitigkeiten wurde die Deponie von der «Interessengemeinschaft Deponiesicherheit Region Basel», bestehend aus Unternehmen der Basler chemischen und pharmazeutischen Industrie (u.a. Novartis, Syngenta, Ciba SC), ausgehoben. Die Sanierungen stiessen bei der Gemeinde Allschwil auf zum Teil heftige Kritik: Sie kritisierte in Medienmitteilungen die Nichtberücksichtigung von wichtigen Analyseresultaten und das Unterlassen von elementaren Untersuchungen. Ausserdem habe die chemische Industrie eine «beschwichtigende und intransparente Informationspolitik» betrieben und irreführende Aussagen über die Existenz von deponietypischen Stoffen in einem der Deponie naheliegenden Brunnen getätigt. Auch Greenpeace und andere NGO's kritisierten die Sanierung bereits vor dem Beginn der Arbeiten. Dies, weil die Industrie die Sanierungspläne lange Zeit unter dem Deckel hielt. «Wir, Greenpeace, NGO's und die Gemeinden, wurden bisher nicht einbezogen und uns wird die Möglichkeit genommen, nötigenfalls rechtzeitig Einsprache einzureichen», erklärte der pensionierte Chemiker Hans Z'Graggen vom Aktionskomitee «Chemiemüll weg!» in der Basler Zeitung. Daneben spielte die Industrie auch in Hagenthal-le-

Bas teilweise das traurige Spiel der Deponiesanierungen. Ausreichender Schutz der Arbeiter erst nach Protest, unzureichende Untersuchungen zur Klärung der Grundwasserfliesswege und zu wenig Probeentnahmen am falschen Ort: Damit war auch der kantonale Quecksilberexperte an einer fragwürdigen Deponiesanierung beteiligt.

Kantonsexperte verteidigte Billigsanierung

In seiner Funktion als Leiter des Bereichs Altlastensanierungen bei der BASF Schweiz, verteidigte Fritz zudem die fragwürdigen Sanierungsmethoden bei der Chemiemülldeponie Kesslergrube im südbadischen Grenzach-Wyhlen (D). Die Kesslergrube wurde sowohl von der Roche Pharma AG als auch von der BASF Grenzach GmbH genutzt. Der Pharmakonzern Roche plant zurzeit, seinen Teil der Deponie vollständig auszugraben und zu verbrennen. Nicht so der Chemie-riesen BASF: Dieser will seine Deponie einkapseln und sie so abdichten. Damit verschiebt BASF das Problem auf zukünftige Generationen, spätestens nach einigen Jahrzehnten laufen die Dichtwände Gefahr, zu lecken. Diese Variante wurde von Fritz massiv verteidigt. Nachdem der Gemeinderat von Grenzach-Wyhlen einstimmig eine Resolution gegen die BASF-Lösung verabschiedet hatte, war in der Badischen Zeitung zu lesen: «Fritz sagte, selbst auch betroffen zu sein. Er habe viel an den Sanierungsplänen gearbeitet und nun das Gefühl, als jemand hingestellt zu werden, der nur aufs Geld schaut und nicht die nachhaltigste Lösung sucht.» Nachdem Dr. Helmut Dörr im Auftrag von BASF, der Gemeinde Grenzach-Wyhlen sowie des Landratsamtes Lörrach ein Nachhaltigkeitsgutachten zur Sanierung der Giftmülldeponie Kesslergrube verfasst hatte, lag die nachhaltigste Lösung dann auf dem Tisch. Dörr verglich die angestrebte Totalsanierung von Roche mit der Billigsanierung von BASF. Sein Ergebnis: Kurzfristig sprechen 10 von 17 untersuchten Kriterien für die Lösung von Roche. Auf lange Sicht erhält die Totalsanierung von Roche gar noch mehr Punkte. Diese Ergebnisse passten der BASF nicht. Der Konzern entband Dörr als einzige Auftraggeberpartei nicht von seiner Schweigepflicht und deckte ihn dafür mit dem Vorwurf ein, für das Gutachten falsche Daten verwendet zu haben. Aufgrund des von

BASF verhängten Maulkorbs kann Dörr sich dagegen nicht wehren. Jörg Lutz, ehemaliger Bürgermeister von Grenzach-Wyhlen erklärte dazu in der Presse: «Ein Gutachten macht nur Sinn, wenn das Ergebnis von beiden Seiten akzeptiert wird. Doch BASF sagt nun: April, April!»

Warum BASF nicht komplett sanieren will, liegt auf der Hand, erneut geht es um Geld: Die BASF-Billigsanierung kostet rund 28 Millionen Franken. Die Komplettsanierung der wesentlich kleineren Roche-Deponie schlägt dagegen mit knapp einer Viertelmilliarde Franken zu Buche. Danach hat Roche den Giftmüll sorgfältig entsorgt, BASF verschiebt das Problem dagegen auf zukünftige Generationen. Aus diesem Grund haben die Gemeinden Riehen und Muttenz sowie Grenzach-Wyhlen, Einspruch gegen die Billigsanierung eingereicht. «Der Einkapselung liegt nur ein Betrachtungszeitraum von 50 Jahren zugrunde, in der Grube befinden sich aber Chemikalien mit Halbwertszeiten von mehreren Tausend Jahren, die bei der Einkapselung im Boden verbleiben würden», erklärt Tobias Benz, Bürgermeister von Grenzach-Wyhlen, diesen Schritt. «Sollte der Einspruch keinen Erfolg haben, behalten wir uns eine Klage vor dem Verwaltungsgericht vor.»

Lonza mit Bonfol-Projektleiter

In Sachen Altlasten hat sich auch die Lonza prominente Verstärkung geholt. Mit Rémi Luttenbacher übernimmt der ehemalige Gesamtprojektleiter und stellvertretende Geschäftsführer

der bci Betriebs-AG (Ausführungsgesellschaft der Basler chemischen Industrie für Bonfol) bei der Lonza die Gesamtleitung zur Lösung der Quecksilberproblematik. Luttenbacher fungierte während seiner elf Jahre bei der bci auch als Gesamtprojektleiter der Bonfol-Sanierung. Er übernahm das Projekt nach dem Gerichtsprozess und führte die bis dahin oft kritisierte Sanierung in ruhigeres Gewässer. So bezeichnet ihn etwa Martin Forter als «gesprächsbereit.» Ein Hoffnungsschimmer am Walliser Quecksilber-Horizont.

Droht ein zweites Bonfol?

Zusammengefasst dargestellt wird das Quecksilbervorkommen im Oberwallis von einem der Basler chemischen Industrie zumindest nahestehenden Unternehmen untersucht, welches in einige fragwürdige Sanierungen involviert war. Die Kontrollen werden von der DUS vorgenommen, wobei der Dienstchef seinen ehemaligen Arbeitgeber beaufsichtigen muss, mit welchem er an der skandalumwitterten ersten Phase der Bonfol-Sanierung gearbeitet hat. Der Kantonsexperte war an einer heftig kritisierten Deponiesanierung beteiligt und verteidigte die BASF-Billigsanierung der Kesslergrube. Vor diesem Hintergrund steht die von der Lonza oft propagierte «unabhängige und transparente Quecksilberuntersuchung» auf wackligen Füßen. Unser Kanton braucht von der Chemiebranche unabhängige Experten. Stattdessen versammeln sich im Oberwallis alte Bekannte und Freunde der Basler Chemischen Industrie. ■



Quecksilber im Oberwallis: Es braucht unabhängige Untersuchungen.